



Polizei braucht politisches Vertrauen und Verlässlichkeit

Gedanken zum Jahresbeginn von Torsten Jäger

Das vergangene Jahr 2016 war ein turbulentes, aufwühlendes Jahr. Zu Beginn noch in den Hochzeiten der Flüchtlingskrise, die Besondere Aufbau- und Ablauforganisation (BAO) um die Flüchtlingsaufnahme in Schleswig-Holstein wurde im Wesentlichen durch die Polizei betrieben und gesteuert. Das war richtig so, aber genauso richtig war es, sich sukzessive wieder aus dieser Aufgabe zu verabschieden und sich auf die eigentlichen polizeilichen Zuständigkeiten zu konzentrieren. Die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei gingen weit über die Belastungsgrenze hinaus und mussten dabei unendlich flexibel und strapazierfähig sein.

Überschattet war die Situation von Terror und Terrorangst in Europa. Auch die Landespolizei in Schleswig-Holstein muss sich auf die taktischen Notwendigkeiten vorbereiten. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen für kommendes Einsatzgeschehen geschützt werden. Es ist gelungen, politische Verantwortungsträger zu überzeugen. Ein viele Millionen Euro schweres Ausrüstungspaket wurde auf den Weg gebracht.

2016 war auch das erste Jahr mit dem Einstiegsamt A 8, einer neuen Erholungsurlaubsverordnung mit der Möglichkeit zur Erreichung eines weiteren Nachdienstzusatzurlaubstages, es war das Jahr, in dem sich der Stellenabbau pfad über einen Stellenhülsenabbau pfad zum Stopp des Stellenabbaus und jetzt zum Aufbau der Stellenpläne konkretisiert hat. Innenminister Stefan Studt hat ein Perspektivpapier auf den Weg gebracht, in dem sich viele GdP-Vorstellungen wiederfanden. Auch wenn es überraschend lange dauerte, bis das Regierungskabinett diese Ideen für richtig empfand, so liegt jetzt die Beschlusslage vor, darin enthalten 400 Stellenhebungen in 2017, insgesamt 1200 in den nächsten fünf Jahren. Das bedeutet viele Beförderungsmöglichkeiten und erhebliche Verbesserungen in der Personalstruktur der Landespolizei.



Torsten Jäger Foto: Gründemann

Die Behördenleiter der Landespolizei haben sich jüngst für einen kleinen, aber ersten Entlastungsschritt im Wechselschichtdienst der Landespolizei schon ab August 2017 ausgesprochen, zwei Stunden Wochenarbeitszeit weniger für diejenigen, die schon mehr als 20 Jahre Wechselschichtdienst geleistet haben, obwohl sich die Personalverstärkungen erst in 2019 bemerkbar machen. Dieser Vorschlag wird jetzt hoffentlich politisch in den nächsten Wochen in die Tat umgesetzt.

Also scheint ja alles gut oder wie mir ein Kollege nach der Veröffentlichung des Perspektivpapiers Studts bereits sagte, dann brauchen wir ja gar keine Gewerkschaft der Polizei mehr.

Ich glaube, das Hin und Her in 2016 zeigt eindrucksvoll, dass ohne gewerkschaftliches Agieren sich kaum etwas von allein in die richtige Richtung bewegt.

Wir fordern die Politik zur Verlässlichkeit auf, Polizei braucht politisches Vertrauen, es bedarf eines Polizeiplans für die nächsten Jahre. Wir brauchen keine Politik nach Haushaltslage, die sich mit veränderndem Schuldzins anpasst.

Die Zeichen stehen gut, dass sich die Struktur der Landespolizei in den nächs-

ten Jahren verbessert. Was heißt das? Ich denke vielleicht und unter anderem die Verlässlichkeit, im angemessenen Zeitraum die nächste Beförderungsstufe zu erreichen, die Abstände zwischen diesen im Vergleich zu jetzt deutlich zu verringern. Der Innenminister hat in seinem Papier die Perspektive A 11 für den ehemaligen mittleren Dienst aufgemacht. Wie geht das, ohne die an der Fachhochschule Studierenden zu verprellen? Diese brauchen dann verlässlich Perspektiven auf A 12 und A 13! Der Weg dahin scheint kompliziert, auch weil wohl nicht alles auf einmal geht. Als GdP fordern wir eine **anforderungsgerechte Bezahlung** für alle Kolleginnen und Kollegen, Überholeffekte sollten die Ausnahmen bleiben. Es kann und wird aber so sein, dass einige Kolleginnen und Kollegen schneller beispielsweise zu A 11 befördert werden als es „früher“ der Fall war, keiner hat einen Nachteil!? **Vielleicht müssen wir im Übergang solche gefühlten Ungerechtigkeiten auch mal aushalten, damit es dann für alle „nach oben“ weitergehen kann.** Diesen Weg begleiten wir immer mit dem Ziel, die Wertigkeit des Polizeiberufes, jeder einzelnen Kollegin, jedes einzelnen Kollegen so zu fördern, wie es ihm gebührt. Wir brauchen schrittweise den Weg in die zweigeteilte Laufbahn.

Die Gewerkschaft der Polizei hat von Anfang an sehr deutlich gemacht, dass wir über den Stellenaufbaupfad reden wollen. Es gibt dazu viele unterschiedliche Vorstellungen und es scheint, als wenn die ersten Gräben ausgehoben wurden. Wir fordern die gleiche Energie und Transparenz der Landespolizei und auch der politischen Verantwortlichen für diesen Prozess. Projektmanagement und Strategiekommisionen dürfen nicht nur beim Abbaupfad entscheidend gewesen sein.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Personalzuwächse müssen aus unserer Sicht auch dort in der Fläche ankommen, wo kriminal-, schutz- und wasser- schutzpolizeiliche Aufgaben ganz direkt am Bürger zu erfüllen sind.

Sie müssen Wirkung für die seit Jahren hoch belasteten Kolleginnen und Kollegen erzielen. 10% Abwesenheitskrankheitsquote, 800 fehlende Kolleginnen und Kollegen jeden Tag sind zu viel. Wochenarbeitszeitreduzierung und Lebensarbeitszeitverkürzungsmöglichkeiten für Schichtdienstleistende sind dabei von hoher Bedeutung.

Die ersten Wochen des Jahres 2017 werden durch Tarifverhandlungen der Länder geprägt sein, von Mitte Januar bis zum 17. Februar sind unsere Kolleginnen Norina Gloy-Leinweber und Martina Vogt in der Bundestarifkom-

mission bei den Verhandlungsrunden in Potsdam unmittelbar dabei. Wir müssen diese Tarifverhandlungen intensiv begleiten und ggf. durch Protestaktionen unterstützen. Tarif, Verwaltung, Vollzug und Versorgungsempfänger bilden dazu eine Einheit, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Die Chancen für eine Übertragung auf Besoldung und Versorgung stehen vor der Landtagswahl gut, so jedenfalls in einem Gespräch unsere Finanzministerin Monika Heinold, die wir aufgefordert haben, in ihrer Verantwortlichkeit beizutragen, ein gutes Tarifergebnis zu erreichen.

Die Kfz-Ausstattung der Landespolizei gehört auf den Prüfstand, mehr Aufgaben und Personal bedeuten auch die Notwendigkeit für mehr dienstliche Kraftfahrzeuge, an dieser Logik kommt niemand vorbei! Die Folgen des IT-Outsourcings sind überall zu spüren, Tickets, die aufgrund des Personalman- gels erst nach Wochen bearbeitet werden können, führen schon jetzt zu spürbaren Einschränkungen der poli- zeilichen Leistungsfähigkeit.

Am 15. und 16. November findet dann unser Delegiertentag in Bad Bramstedt statt. Dieser Termin bedeutet für die GdP nicht nur die Wahl eines neuen geschäftsführenden Landesvorstandes, sondern auch gewerkschaftspolitische Weichenstellung für die kommenden vier Jahre. Der Weg zum Delegiertentag

bedarf intensiver und guter Vorbereitung, das haben unsere fast 6000 Mit- glieder verdient.

Es werden auch 2017 wieder viele all- tägliche und Sondereinsatzlagen auf die Landespolizei zukommen. Vorherseh- bar auch die Unterstützung beim G20- Gipfel Anfang Juli in Hamburg.

Aber gerade die Alltagseinsätze ber- gen hohe Gefahren. Die Gewalt gegen Polizeibeamte ist leider weiter ein bedeu- tendes Thema. Hier werden wir immer wieder versuchen, die gesetzliche Rege- lung zur Schaffung eines neuen Paragra- phen 115 StGB – tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte – und die Landes- polizei bei ihren internen Aus-, Fortbil- dungs- und Ausrüstungsbestrebungen zu unterstützen. Wir werden Gespräche mit der Justiz über Möglichkeiten, die Gewalt gegen für den Staat eintretende Menschen reduzieren, führen.

Die Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein wird bis zur Land- tagswahl am 7. Mai aktiv und reaktiv mit den aktuell im Landtag vertretenen Parteien ins Gespräch kommen. In der DGB-Familie eint uns der Wunsch, dass, egal wie der Wettkampf um demokrati- sche Meinungsbildung ausgeht, extre- me Parteien nicht den Weg ins Parla- ment finden! Schleswig-Holstein soll der Wendepunkt für die AfD bei dem Einzug in die deutschen Parlamente sein, dort haben sie nichts zu suchen.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 2/2017:
Montag, 2. Januar 2017



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

LANDESPOLIZEI

Versprechen gehalten

Daniel Günther auf Nachtstreife

Kiel/tg – Für eine Nachtschicht be- gleitete Daniel Günther, der CDU- Fraktionsvorsitzende im schleswig- holsteinischen Landtag, Anfang Dezember eine Funkstreife des 3. Poli- zeireviers in Kiel. Damit setzte der CDU-Politiker ein Versprechen um, das er bei einer öffentlichen Podiums- diskussion der GdP-Regionalgruppe Kiel-Plön geben hatte. Den Nacht- dienst mit den Kollegen Michael Mau- er und Mirko Harfenmeister nutzte der Landespolitiker auch, um die Regio- nalleitstelle der Polizei zu besuchen. Am Ende der Schicht war Günther spürbar angetan: „Für mich war die Begleitung der Nachtschicht mit den Polizisten eine beeindruckende Erfah- rung. Zu dieser Uhrzeit mit so hoher Präzision und so großer Verantwor-

tung zu arbeiten, verlangt mir großen Respekt ab“, stellte der 43-Jährige fest. Die Beamten in Kiel und überall



Daniel Günther mit Nachtstreifenbesatzung

in Schleswig-Holstein hätten einen verdammt harten Job. Und sie machen ihn verdammt gut, unterstrich Daniel Günther.



AUSTAUSCH

Treffen mit Generalstaatsanwalt und Leitenden Oberstaatsanwalt

Kiel – Anfang Dezember trafen sich Torsten Jäger, Andreas Kropius, Michael Raasch und Susanne Rieckhof „ohne Block und Bleistift“ auf der Geschäftsstelle, um sich mit den ranghöchsten Vertretern der Staatsanwaltschaft bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht Wolfgang Zepter und Ralph Döpfer über aktuelle Themen auszutauschen. In sehr angenehmer und aufgeschlossener Atmosphäre wurden Themen wie Wohnungseinbruchdiebstahl, Cyberkriminalität und Gewalt gegen Polizeibeamte besprochen. Beide machten sehr deutlich, dass für die Staatsanwaltschaften im Lande bei Gewalttaten gegen Polizeibeamte eine Null-Toleranz-Ansage gelte. Dies habe bereits zu einem deutlichen Rückgang der Einstellungsquote geführt. Auch wurde in diesem Zusammenhang das Für und Wider der Einführung eines § 115 StGB



Die Gesprächsteilnehmer (v. l.): Michael Raasch, Torsten Jäger, Wolfgang Zepter, Ralph Döpfer und Susanne Rieckhof.
Foto: Gründemann

(oder auch § 113 a StGB) abgewogen. Schließlich ging es um rechtliche und praktische Fragen des beschleunigten Verfahrens und des Vorrangigen Jugendverfahrens. Beide Seiten machten deutlich, dass eine gute Kooperation

zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft wichtig sei, um das gemeinsame Ziel einer erfolgreichen Kriminalitätsbekämpfung zu erreichen. Der gemeinsame Austausch und die Zusammenarbeit sollen vertrauensvoll fortgesetzt werden.

PODIUMSDISKUSSION

Diskussion um Innere Sicherheit

Rendsburg/tg – Zu einer Podiumsdiskussion mit Landespolitikern hatte die GdP-Regionalgruppe Schleswig-Holstein in den Convent-Garten nach Rendsburg eingeladen. Moderiert vom Regionalgruppenvorsitzenden Ulrich Bahr diskutierten Simone Lange (SPD), Dr. Axel Bernstein (CDU) sowie Dr. Ekkehard Klug (FDP), Burkhard Peters (B90/Die Grünen) und der Geschäftsführende GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger kontrovers über Fragen der Inneren Sicherheit und der Landespolizei.

Übereinstimmung herrschte dabei jedoch in der Frage, ob es mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl sinnvoll sei, zur Zukunft der Inneren Sicherheit und damit der Landespolizei „alle im Landtag vertretenen Fraktionen“ zu einem größtmöglichen parteiübergreifenden Grundkonsens zusammenzuführen. Auch der Geschäftsführende Landesvorsitzende Torsten Jäger unterstützte ein solches Vorhaben. „Die Landespolizei braucht für ihre schwierige Aufgabe Ver-



Diskutierten im Podium (v. l.): Dr. Axel Bernstein, Dr. Ekkehard Klug, Ulrich Bahr, Simone Lange, Burkhard Peters und Torsten Jäger.
Foto: Gründemann

trauen der Politik und Verlässlichkeit.“

Simone Lange würdigte das Perspektivpapier von Innenminister Stefan Studt. „Damit hat er den Zukunftsweg der Landespolizei eingeschlagen“, sagte Lange. „Die Polizei muss auch die Präsenz in den ländlichen Regionen und kleineren Gemeinden gewährleisten können. Das ist für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung dort immens wichtig. Eine reine Notfallpolizei ist abzulehnen“, sagte Bernstein.

Für die Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft an einem zentralen Ort wie beispielsweise Neumünster sprach sich Ekkehard Klug aus.

„Es ist dringend notwendig, die Polizeidienststellen vor Ort von diesen Einsätzen freizuhalten“, unterstrich der FDP-Politiker. Die Polizei müsse in die Lage für eine vernünftige Flächenbetreuung und sichtbare Präsenz versetzt werden. „Aber zur Wahrheit gehört dann auch, dass da-

Fortsetzung auf Seite 4



PODIUMSDISKUSSION

Fortsetzung von Seite 3

für zusätzliche Stellen bei der Landespolizei benötigt werden“, so Klug.

Im Zusammenhang mit dem Personalbestand verwies Burkhard Peters auf die geringen Steuereinnahmen des Landes. Und erzeugte damit Widerspruch von Torsten Jäger, der davor warnte, politisch in die Rhetorik der Vergangenheit zurückzufallen.

„Die Sicherheit immer an der Kasenlage auszurichten, ist falsch“, so

der geschäftsführende GdP-Landesvorsitzende.

Die Anhebung des Eingangsamtes bei der Landespolizei auf A 8 sei längst überfällig gewesen, stellte Simone Lange fest. „Allerdings war klar und auch auf Druck der GdP entschieden worden, dass damit auch Perspektivverbesserungen für alle bereits im Dienst befindlichen Beamten notwendig würden“, ergänzte die SPD-Politikerin. Erste Anhebungen seien bereits 2016 erfolgt, weitere

spürbare Verbesserungen in 2017 und den Folgejahren bereits in der Umsetzung. Unterstützt wurde Lange in diesem Punkt von Torsten Jäger. Die von ihm vorgetragene GdP-Forderung nach Schaffung eines besonderen Straftatbestandes beim Angriff auf Polizisten unterstützte Axel Bernstein. „Es ist richtig, diesen Weg zu gehen. Die Repräsentanten des Staates müssen einen besonderen Schutz erfahren, das höhere Strafmaß ist deshalb richtig“, so der CDU-Politiker.

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Carstensen als Vorsitzender bestätigt

Flensburg – Michael Carstensen bleibt Vorsitzender der Regionalgruppe Schleswig-Flensburg. Im Rahmen der Jahreshauptversammlung wurde Carstensen Ende November für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Zu seiner Stellvertreterin wurde Kristin Stielow gewählt. Für den pensionierten Heinz-Peter Hasche, der 18 Jahre den Posten des Schriftführers innehatte, rückte Marc Bury nach. Tore Hagedorn wurde zum stellvertretenden Kassierer wiedergewählt. Geehrt wurden auch langjährige Gewerkschaftsmitglieder. Ein halbes Jahrhundert gehören Walter Bossen und Manfred Metzger der GdP an. Ausgezeichnet für 40-jährige Treue wurden Wolfgang Sarras und Gustav Dawitscheck. Ein Thema bei dieser Jahreshauptversammlung war die an-

stehende Fusion mit der Regionalgruppe Nordfriesland, für die Stefan Lukas ein Grußwort hielt. So wie auf dem letzten Landesdelegiertentag beschlossen,

werden die Regionalgruppen im nächsten Jahr ihre Fusionssitzung durchführen und es wird die Regionalgruppe Nord gegründet.



Susanne Rieckhof, Michael Carstensen, Manfred Metzger, Walter Bossen, Gustav Dawitscheck, Wolfgang Sarras, Karl-Hermann Rehr (v. L.)



LESERBRIEF/SONDERZAHLUNG

Den Grund würde ich gerne erfahren

Vor einigen Tagen entdeckte ich in meinem Postfach die Mitteilung des Finanzministeriums hinsichtlich der seit 2007 ausbleibenden Zahlung der Sonderzuwendung, älteren Kolleginnen und Kollegen vielleicht noch als „Weihnachtsgeld“ bekannt. Nachdem die Einsprüche bzw. die Musterklage nunmehr fast eine Dekade irgendwo in der Welt der Juristerei Moos anzusetzen scheinen, habe ich mich mal gefragt, was war denn sonst 2007 so los?

Ich muss zugeben, ich war teilweise echt erstaunt und dachte mir, ich teile diese Gedanken mal ...

- In diesem Jahr fand der G8-Gipfel in Heiligendamm statt.
- Die Umstellung auf die „blaue Uniform“ läuft bereits.
- „Die Linke“ wird gegründet.

- Steve Jobs stellt das „iPhone“ vor.
- Der VfB Stuttgart wird Deutscher Meister, der 1. FC Nürnberg gewinnt den DFB-Pokal.
- Erfolgreichster Song des Jahres war „Ein Stern“ von DJ Ötzi.

Ebenso habe ich mich gefragt, was denn wohl die Menschen so tun, die diese Klage zu bearbeiten haben? Natürlich weiß ich es nicht so genau. Sehr wohl kann ich aber sagen, was man beispielsweise tun könnte, wenn man diese Klage grad nicht seit 2007 zu bearbeiten hat.

Legt man Schlaf- und Ruhezeiten von acht Stunden am Tag und eine Geschwindigkeit von ca. sechs km/h zugrunde, wäre es theoretisch möglich, in diesem Zeitraum zu Fuß den Mond zu erreichen!

Interessant ist auch, dass z. B. der Bau des „Kaiser-Wilhelm-Kanals“ mit relativ einfachen technischen Mitteln in der Zeit von 1887 bis 1895

zu schaffen war. Also in unter zehn Jahren ...

Vielleicht liegt es ganz einfach auch nur daran, dass die Klageschrift mittlerweile zu Staub zerfallen ist oder übersandte Dateien mit den heute gängigen Dateiformaten nicht mehr kompatibel sind?

Es muss doch einen Grund dafür geben, dass eine Entscheidung, die vor dem Beginn Obamas Präsidentschaft ihren Ursprung hatte, wohl erst nach seinen beiden Amtszeiten getroffen werden wird?

Diesen Grund würde ich gern einmal erfahren ...

CG



AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Rendsburg – Treue GdP-Mitglieder wurden im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte ausgezeichnet. Der geschäftsführende Landesvorsitzende Torsten Jäger und der Regionalgruppenvorsitzende „Egon“ Bahr nahmen mit dem Ehrevorsitzenden der Regionalgruppe, Frank Poster, die Ehrungen der langjährigen Mitglieder vor.

Ausgezeichnet wurden für 60-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit Christa Pudlas und Rolf Thomsen. 50 Jahre mit der GdP verbunden sind Rolf Ollmann, Werner Runge, Alfred Bark, Klaus Wiese, Hans-Jürgen Schröder und Klara Stenzel.

Elke Regenber, Angelika Meyer und Rolf Kläschen gehören seit 40 Jahren sowie Matthias Behrens seit 25 Jahren der GdP an.



Gute Stimmung herrschte nach der Ehrung treuer GdP-Mitglieder: Vordere Reihe v. l.: Rolf Ollmann (50), Werner Runge (50), Alfred Bark (50), Rolf Thomsen (60), Klaus Wiese (50) Zweite Reihe v. l.: Hans-Jürgen Schröder (50), Elke Regenber (40), Klara Stenzel (50), Frank Poster. Obere Reihe v. l.: Matthias Behrens (25), Angelika Meyer (40), Rolf Kläschen (40), Torsten Jäger. Kleines Bild: Christa Pudlas (60) mit Ulrich Bahr



Robert Ende und Heinz Pape geehrt

Kiel – Ende November fand wieder das beliebte Treffen der Kieler GdP-Seniorengruppe in der Adventszeit statt. Der „scheidende“ Vorsitzende Harald Haase hatte eingeladen, viele Kolleginnen und Kollegen folgten der Einladung und konnten im Restaurant Tannenbergr begrüßt werden.

Als Gäste wurden der neue Vorsitzende der RG Kiel-Plön, Sven Neumann, der Landesgeschäftsführer „Kalle“ Rehr und der Ehrenvorsitzende der RG Kiel-Plön, Volker Kühl, begrüßt. Nach seiner Begrüßung und kurzer Rückschau übergab Harald Haase das Zepter an den neuen Vorsitzenden der Seniorengruppe Kiel Volker Martens.

Volker Martens stellte sich kurz vor und bedankte sich bei Harald Haase für die geleistete Seniorenarbeit und schloss den ebenfalls scheidenden Vertreter Wolfgang Meier in seinen Dank mit ein. Die leckeren Torten und Kaffee sorgten für eine gemütliche Atmosphäre mit Klönschnack. Sven Neumann be-

gann mit dem ersten Grußwort und berichtete über die aktuelle GdP-Lage, die GdP-Forderungen und Regierungszusagen. Er berichtete u. a. über den Erfolg der GdP in Sachen Anhebung der Dienstposten für Dienstgruppenleiter.

„Kalle“ Rehr resümierte recht unterhaltsam über seine 35 Jahre lange Amtszeit als Landesgeschäftsführer. Er wird das Amt im März 2017 aufgrund seiner Pensionierung an seine Nachfolgerin Frau Dr. Susanne Rieckhof übergeben. Der Vorsitzende Volker Martens ehrte dann zusammen mit dem RG-Vorsitzenden Sven Neumann die anwesenden Jubilare. Für 40 Jahre wurden Harald Haase und Wolfgang Meier geehrt. Für 50 Jahre Mitgliedschaft in der GdP wurden dann die



Volker Martens (l.) und Sven Neumann (r.) ehrten Heinz Pape (2. v. l.) und Robert Ende.

Kollegen Heinz Pape und Robert Ende mit Urkunden und Präsenten ausgezeichnet.

Alle nicht anwesenden Jubilare wurden vom Vorsitzenden namentlich genannt und erhalten ihre Urkunde dann per Post. Herzlichen Glückwunsch allen Jubilaren! Der Seniorenvorsitzende bedankte sich bei allen Anwesenden und äußerte den Wunsch, dass sich alle im nächsten Jahr dort wiedertreffen mögen.

Volker Martens

EHRUNG

„Willem“ Ziemer geehrt

Kiel/Flensburg – Mit Freude ehrte die Regionalgruppe Justizvollzug Wilfried „Willem“ Ziemer zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum. Für die jahrzehntelange Treue zu DGB-Gewerkschaften bekam der seit März 2016 im Ruhestand befindliche Kollege eine Dankesurkunde und die Ehrennadel der GdP. Von der Regionalgruppe gab es für den ehemaligen Anstaltsleiter der JVA Flensburg einen Restaurantgutschein, überreicht durch Stefan Hintz (l.) und Thorsten Schwarzstock (r.), als kleines Dankeschön.



EHRUNG

Marie Walter mit 102 für 50-jährige GdP-Treue geehrt

Lübeck – Mit 102 Lebensjahren wurde die Lübeckerin Marie Walter für 50-jährige Treue zur GdP ausgezeichnet. Der Geschäftsführende Landesvorsitzende Torsten Jäger war es, der die Ehrung der Jubilarin gemeinsam mit dem Regionalgruppenvorsitzenden Jörn Löwenstrom vornahm.

Marie Walter freute sich über die Glückwünsche ihrer Gewerkschaft. Im Gespräch erzählte sie, noch immer sehr viel zu lesen. Besonders Reiseroomane hätten es ihr angetan, weil sie sich dabei selber an ihre eigenen Reisen mit ihrem VW-Golf

durch Europa und über das damals erlebte Erlebte mit Freude erinnert.

Darüber hinaus zeigte sie auch reges Interesse an ihren beiden Besuchern. Die Mitarbeiter des Seniorenheimes berichteten über die bewundernswert optimistische Lebenseinstellung des ältesten GdP-Mitglieds im Lande.





ab 109 €
in der Meerblickkabine!



Fotos: Color Line

Auszeit gewünscht?

Unser einmaliges PSW-Angebot – greifen Sie jetzt zu!

Reisetermine 09. bis 11. Februar 2017 (Do.-Sa.)
14. bis 16. März 2017 (Di.-Do.)
24. bis 26. März 2017 (Fr.-So.)

Leistungen:

- Seereise Kiel – Oslo – Kiel
- ***Meerblickkabine zur Doppelbelegung
- 2 x reichhaltiges Frühstücksbuffet an Bord
- Täglich wechselndes Showprogramm
- Insolvenzversicherung

Zubuchbar:

- Stadtrundfahrt Oslo Highlights 2017 p. P. 39 €
- Skandinavisches Schlemmerbuffet p. P. und Strecke 33,60 €

Reiseverlauf:

1. Tag: Abfahrt Kiel 14.00 Uhr
2. Tag: Ankunft Oslo 10.00 Uhr, Abfahrt Oslo 14.00 Uhr
3. Tag: Ankunft Kiel 10.00 Uhr

Preise:

9. bis 11. Februar 2017	pro Person 170 €
Einzelzimmerzuschlag	90 €
14. bis 16. März 2017	pro Person 109 €
Einzelzimmerzuschlag	70 €
24. bis 26. März 2017	pro Person 170 €
Einzelzimmerzuschlag	90 €



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
 Max-Giese-Straße 22
 24116 Kiel
 Telefon 0431 / 17093
 Telefax 0431 / 17092
 psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
 Hans-Böckler-Straße 2
 23560 Lübeck
 Telefon 0451 / 5021736
 Telefax 0451 / 5021758
 psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

Color Line - 24143 Kiel



Und was sonst noch so war ...

8. November

11 Uhr – Gespräch bei der FDP-Landtagsfraktion. Susanne Rieckhof und ich diskutieren mit den Abgeordneten Dr. Heiner Garg, Dr. Ekkehard Klug und Christopher Vogt aktuelle Fragen der Innen- und Rechtspolitik. Sieben Monate vor der Landtagswahl geht ein erheblicher Teil des Gespräches auch um programmatische Fragen. Themenschwerpunkte sind Einbruchskriminalität und Reaktionszeiten von der Alarmierung über 110 bis zum Eintreffen eines Streifenwagens am Einsatzort.

10. November

Der Landesbezirk Bayern informiert uns über einen dortigen Beschluss des Verwaltungsgerichtes in München. Das Polizeipräsidium München hatte eine Einstellung mit Hinweis abgelehnt, dass die Bewerberin Brustimplantate trägt und nach Ansicht des Polizeiarztes eine gesundheitliche Eignung für den Polizeivollzugsdienst nicht gegeben sei. Insbesondere bei gefährlichen Einsätzen und Selbstverteidigung seien Schäden zu befürchten. Das Gericht bewertete diese Ablehnung als zu pauschal, die Ablehnung der Eignung sei nicht ausreichend nachgewiesen, deshalb müsse eine Einstellung erfolgen. Die Entscheidung wurde nicht rechtskräftig.

21. November

Im Posteingang heute ein Schreiben unseres Partners Creditreform e. V. Dieser Verein treibt für unsere Mitglieder bisher nicht gezahlte Schmerzensgeldtitel ein. Mit Creditreform haben wir besonders in der Zeit, als das Land noch nicht für nicht vollstreckbare Schmerzensgeldtitel eintrat, zusammengearbeitet. In diesem Fall hatte das Amtsgericht Niebüll 2009 den Schmerzensgeldtitel in Höhe von 500 € nebst 8% Zinsen und weiterer Gebühren sowie die Auslagen festgelegt. Seitdem zahlt der Täter in (Mini-) Raten in Höhe von 8,10 € seine Schuld ab. Wir informieren den Kollegen, für den wir das Geld über Creditreform eintreiben. Dieser Titel ist 30 Jahre „haltbar“, sodass sicher noch eine gewisse Zeit Zahlungen eingehen.

Raten in Höhe von 8,10 € seine Schuld ab. Wir informieren den Kollegen, für den wir das Geld über Creditreform eintreiben. Dieser Titel ist 30 Jahre „haltbar“, sodass sicher noch eine gewisse Zeit Zahlungen eingehen.

24. November

Heute werden wir mit einem nicht alltäglichen Fall konfrontiert: Eine Kollegin erlitt im Februar einen Unfall, der als Dienstunfall anerkannt wurde. Seitdem ist die im Wechsel-schicht beschäftigte Beamtin dienstunfähig bzw. nur innendienstfähig. Sie erkundigt sich, ob ihr wegen des Dienstunfalls Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten zustünden. Die Auskünfte beim Landespolizeiamt waren sehr unterschiedlich. Deshalb kam nun die Frage zu uns. Horst Winter von der Rechtsschutzkommission fasst es kurz zusammen: „Im Intranet ist der als gültige Vorschrift eingetragene Erlass ‚Dienstweisung über die Untersuchung von Unfällen im Rahmen der Unfallfürsorge ...‘ veröffentlicht, wonach eine Zahlung zu erfolgen hat.“ Kein anderer Verwaltungszweig kennt die differenzierte Krankenschreibung zwischen dienstfähig und innendienstfähig. Deshalb fallen auch Vergleiche, beispielsweise mit dem Finanzministerium, schwer.

und zur Langwaffe in Streifenwagen sind Diskussionsgegenstand. Zum Thema Taser zeigen wir den aktuellen Diskussionsstand in der GdP auf, benennen Pro und Contra. Zum Thema Langwaffe bestehen wir auf der Position, dass Bewaffung und Ausrüstung lageangemessen vorhanden sein müssen. Die Auswertung der Terrorangriffe von Brüssel und Paris sei sorgfältig und auch in den Konsequenzen nachvollziehbar vorgenommen worden. Daraus habe sich die Forderung nach Ergänzung – auch von Langwaffen – ergeben.

30. November

Unser Bundesvorstand macht eine Abfrage zu Pensionierungsabgängen bei der Landespolizei und den erfolgten bzw. geplanten Neueinstellungen. Nicht nur in Schleswig-Holstein gibt es gute Zahlen. So treten in diesem Jahr 144 Beamte in den Ruhestand. Eingestellt wurden insgesamt 453 neue Kolleginnen und Kollegen. Für das kommende Jahr werden 222 Pensionierungsabgänge erwartet, 350 Neueinstellungen sollen zum 1. Februar und 1. August kommen.

REGIONALGRUPPEN-TERMINE

Einladung!



Schleswig-Holstein Mitte Skat-, Kniffel- und Doppelkopf-abend der GdP

am Freitag, 27. Januar 2017, 18.30 Uhr, Friesenstuben „Haus Hog'n Dor“, Klaus-Groth-Straße 37, 24534 Neumünster. Das Startgeld beträgt 8 Euro. Wie immer winken tolle Fleischpreise! In der Pause wird ein kleiner Imbiss gereicht.

Gäste sind ausdrücklich herzlich willkommen!

Anmeldungen sind möglich bei Carsten Gross 0 43 21-9 45 20 05, „Egon“ Bahr 0 43 21-9 45 20 04, Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



Tauschten sich zu Fragen der Inneren Sicherheit und Polizei aus (v. l.): Susanne Rieckhof, Karl-Hermann Rehr, Lars Harms, Marcel Schmidt und Torsten Jäger.

29. November

Besuch auf der GdP-Geschäftsstelle: Lars Harms, Sprecher des SSW im Landtag, und Marcel Schmidt, SSW-Ratsherr in Kiel, diskutieren mit uns aktuelle Fragen der Innen- und Rechtspolitik. Insbesondere die Haltung der GdP zum Einsatzmittel Taser

